

Beschluss des Landrats vom 30.01.2020

Nr. 355

23. Masterplan Kreislaufwirtschaft 2019/611; Protokoll: mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Simon Oberbeck (CVP) wurde beim Traktandum 19 daran erinnert, dass es keine Taskforce Klima, sondern eine Taskforce Stau gibt. Und es gibt auch eine Taskforce Kreislaufwirtschaft/Recyclingwirtschaft. Der Vorstoss, um den es hier geht, verbindet eigentlich beide Themen – den Stau und das Klima – miteinander, denn es gibt einen Deponierungsstau. Anders gesagt lässt sich mit dem Masterplan durch die Förderung des Recyclings einen wichtigen Beitrag an das Klima leisten.

Wer die Motion gelesen hat, wird staunen, dass ein bürgerlicher Politiker dazu auffordert, einen Deponiefünfliber und damit eigentlich einen Markteingriff zu fordern. Das ist etwas, was man nur mit äusserster Zurückhaltung tun sollte und ihm auch widerstrebt. Es gibt aber einen Fall, bei dem ein solches Instrument nötig ist und der Kanton die Verantwortung dafür übernehmen muss – nämlich dann, wenn ein Marktversagen vorliegt. Es besteht das Problem, dass das Recycling gegenüber dem normalen Aushub massiv teurer ist und damit kein Anreiz besteht, Material zu recyceln. Der Votant ist deshalb überzeugt, dass ein Eingriff in den Preis pro Tonne Aushub bzw. Abbruch unumgänglich ist. Für den Ausbau des Deponievolumens braucht es einen Paradigmenwechsel – indem mehr Material recyclet wird und weniger Material in die Deponien gelangt. Dies lässt sich nur über den Preis erreichen, nicht über zusätzliche Gesetze, Vorschriften, Regeln oder einen Bussenkatalog.

Der Votant ist deshalb sehr froh, dass die Regierung bereit ist, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Er ist auch bereit, in ein Postulat umzuwandeln, fordert aber die Regierung auf, dran-zubleiben, bald mit der Strategie zu kommen, damit man bald in Kenntnis aller Parameter entscheiden kann, wie es mit den Deponien weitergeht. Es wäre auch gut, wenn der Deponiefünfliber – wie hoch er auch immer sein mag – ein Teil der Strategie wäre.

Saskia Schenker (FDP) dankt Simon Oberbeck für die Umwandlung seines Vorstosses. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat und tat dies auch bei der Initiierung der Taskforce Baustoffkreislauf im März 2018, welche die damalige Baudirektorin angestossen hatte. In der Anpassung des kantonalen Richtplans (KRIP) ist festgehalten, dass eine Recycling-Strategie mit gesetzlichen Grundlagen erarbeitet werden soll. Im Postulat werden weitere Ideen und Beispiele gebracht. Die FDP-Fraktion findet wichtig, dass daraus ein Gesamtbild wird.

Andi Trüssel (SVP) dankt Simon Oberbeck ebenfalls für die Umwandlung. Der Votant ist seit acht Jahren in der Recyclererei und Entsorgung zu Hause. Das Hauptthema ist, dass Kies- und Sand aus dem Ausland viel zu günstig rheinaufwärts hierher gelangt. Deshalb bauen die einheimischen Bauunternehmen keine Recycleranlagen. Dort muss man den Hebel ansetzen. Der Fünfliber würde einem in dieser Hinsicht nicht viel weiterhelfen.

Thomas Noack (SP) sagt, dass Simon Oberbeck richtigerweise darauf hingewiesen habe, dass ein Marktversagen vorliege. Deshalb hat eigentlich niemand wirklich ein Interesse an Recycling. Es wissen aber alle, dass es zwingend vorangetrieben werden muss, insbesondere da die wenigen Deponien voll sind und die Preise nicht gerade sehr recyclingfördernd sind. Der Postulant rennt

mit seinem Vorstoss also offene Türen ein. Die SP-Fraktion wird ihn unterstützen, ist aber der Meinung, dass es nicht reicht, einfach nur einen Masterplan zu haben. Es braucht am Schluss des Tages griffige Vorschriften und gesetzliche Lösungen, welche eine gewisse Verbindlichkeit haben.

Das Postulat greift ein Anliegen auf, das **Klaus Kirchmayr** (Grüne) selber schon einmal eingebracht hatte. Er ist sehr glücklich, dass nun auch von bürgerlicher Seite anerkannt wird, dass das Marktversagen angeschaut und einer Lösung zugeführt werden muss. Andi Trüssel nannte eine der Ursachen dieses Marktversagens. Es gibt deren weitere. In diesem Rat wurde auch schon klar bekundet, dass das Recycling gestärkt werden soll. Das ist nun auf dem Weg.

Etwas schade findet der Votant, dass Simon Oberbeck seinen Vorstoss umgewandelt hat. Hätte er nämlich seine Fraktion dahinter versammeln können, hätte es vermutlich für eine Motion gereicht. Es wäre allerdings auch zu empfehlen gewesen, dass beim Schreiben einer Motion gleich der gesetzliche Auftrag explizit formuliert wird, damit auch die formalen Skeptiker überzeugt werden. Grundsätzlich aber unterstützt die Grüne/EVP-Fraktion das Vorhaben. Vielleicht muss man dann später zusammensitzen, um die konkreten Hebel, die man sich in einem Gesetz vorstellen könnte, zu diskutieren. Ganz im Geist des heutigen Kompromisses, der schon beim Energiepaket geherrscht hat, gibt es durchaus eine breite Basis, um zukunftssträchtig gute Anreize zu schaffen und eine entsprechende Verbesserung der Situation zu erreichen.

Jan Kirchmayr (SP) ist ebenfalls etwas enttäuscht über die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Es gab bereits zwei Vorstösse, die sich mit dem Thema auseinandergesetzt haben: von Florence Brenzikofer (Recycling-Konzept) und Jan Kirchmayr (Wiederverwertungsquote für kontrolliert unbelastetes Aushubmaterial). Es wäre deshalb wichtig, wenn als nächstes eine Motion folgen würde, damit der Regierungsrat auch den Auftrag zur Ausarbeitung gesetzlicher Grundlagen entgegennehmen könnte. Man kann nämlich noch so viel Recycling-Konzepte entwerfen – wenn am Schluss keine gesetzliche Grundlage mindestens für eine Mindestverwertungsquote oder eine Steuerung über den Preis vorhanden ist, bringt jedes Recycling-Konzept nichts. Es ist dann nur ein Papiertiger. Wenn man am Schluss im Richtplan Deponiestandorte festlegen möchte, und man sagt, man würde ein Recycling-Konzept ausarbeiten, braucht es dafür nun einmal die gesetzliche Grundlage und Regeln, damit es auch wirklich funktionieren kann.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) versichert Simon Oberbeck, dass an dem Thema mit Hochdruck weitergearbeitet wird. Es wurde schon länger aufgenommen. Es ist komplex und es gibt Zusammenhänge zwischen Recycling und Deponien. Deshalb wird es auch in der BPK diskutiert, wo im Sinne eines Zwischenberichts vorgestellt wurde, was die Taskforce Kreislaufwirtschaft derzeit am Tun ist. Im Herbst wurde die Besetzung der Taskforce erweitert. Am Anfang war nur der Baumeisterverband dabei. Neu werden auch der Verband Kies & Beton und der Recyclingverband einbezogen, weil sie wertvolles Knowhow und wichtige Inputs liefern. Am Schluss sind es, wie schon Andi Trüssel sagte, knifflige und schwierige Aufgaben und es gibt viele Rahmenbedingungen zu beachten. Einige davon sind nur schwer zu steuern, z. B. billiger Kies aus dem Ausland. In dieser Hinsicht ist die Region leider ziemlich exponiert. Es wird nun aber mit Hochdruck weitergearbeitet, damit dem Landrat konkrete Massnahmen und Lösungsvorschläge vorgelegt werden können.

://: Mit 85:0 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
